

Christlicher Textilarbeiter

Centralorgan für Deutschland.

Gott und unser Recht!

Verantwortl. Redakteur: J. S. J. Fesch, in Krefeld, Wilhelmstraße 10.
Berichte und sonstige Beiträge sind bis Montags abends an die Redaktion in Krefeld einzusenden.

Anzeigen kosten die 6gespaltene Zeile 20 Pf. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt.
Beilagen werden mit 5 Mk. das Tausend berechnet.
Postzeitungsliste Nr. 1649.

Der „Christliche Textilarbeiter“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pf.; durch die Post bezogen 90 Pf.
Expedition, Druck und Verlag von Joh. van Nieuwen in Krefeld, Luth. Kirchstraße 65. Telefon-Nr. 1358.

6. Jahrgang.

Krefeld, Samstag, 5. März 1904.

(Auflage 20,000.)

Nr. 10.

Einladung

zur
ordentlichen

Verbands-Ausschuss-Sitzung

am Sonntag, den 13. und Montag, den 14. März cr.,
morgens 10½ Uhr beginnend, im Anwohnhause zu Köln.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht;
2. Vorstands- und Revisorenwahlen;
3. Wahl der Kongressdelegierten;
4. Sächliche obligatorische Einführung von Arbeiter-Ausschüssen betr.;
5. Anträge betr. Beamten-Freistellung;
6. Erledigung sonstiger Anträge.

Da die Verhandlungen äußerst wichtig sind, werden die vorerwähnten Ausschussmitglieder freundlichst gebeten, sich auch für Montag, den 14. März vollständig frei zu machen.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

Arbeiterausschüsse

Schon des öfteren sind in unserm Textilarbeiter die Arbeiterausschüsse erwähnt und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse hervorgehoben worden. Ich will nun versuchen, auch meine Ansicht darüber zu Papier zu bringen und wenn möglich zur Klärung beizutragen. Seit der Zeit, wo die Arbeiter in großen Fabriken zusammengepackt wurden, hat ein mehr oder minder großes Zusammengehörigkeitsgefühl unter der Arbeiterklasse Platz gegriffen. Sie fühlen, daß sie Leidensgenossen sind, die alle unter der kapitalistischen Produktionsweise zu leiden haben. Aus diesem Erkennen und Fühlen heraus ist man auch zu dem Entschluß gekommen, sich zu organisieren, um einerseits mit mehr Nachdruck berechnete Arbeiterwünsche durchzuführen und andererseits unberechnete Forderungen und Maßnahmen der Fabrikanten abzuwehren zu können. Daß solches die Fabrikanten nicht gerne sehen, ist nicht weiter verwunderlich, herrscht bei ihnen doch der Grundgedanke vor, jeder einzelne solle seine Kräfte frei und ungehindert entfalten. Der Fabrikant hat dann freies Spiel, er kann wahlen und walten, einen Lohn zahlen und die Arbeiter behandeln wie er will. Warum denn? Nun, weil der Arbeitgeber im Besitze von Kapital und Produktionsmittel sich befindet und der Arbeiter nur seine Arbeitskraft zur Verfügung hat, mithin der letztere unbedingt der schwächere ist. Dieses um so mehr, als das Angebot der Arbeitskräfte nicht im Verhältnis zu der zu vergebenden Arbeit steht.

Hat der Arbeiter keine Arbeit, dann hat er keinen Verdienst, und ohne Verdienst läßt sich auf die Dauer nicht leben. Hier also, in dem Fehlen von genügend Kapital bei dem einzelnen Arbeiter liegt seine Schwäche, er veräußert seine Arbeitskraft, oftmals zu einem Spottpreis, weil ihn der Hunger dazu zwingt. Das Zusammengepacktsein der Arbeiter soll neben der Beseitigung vieler andern, auch schwerwiegenden Missethänden, hier hauptsächlich einsetzen und zwar indem es hohen Lohn, Ordnung in die Produktion hineinzubringen. Dient der einzelne Arbeiter Wünsche und Beschwerden vor, dann wird er vielfach nicht angehört oder gar verhöhnt, er kann ja gehen; anders ist es aber, wenn eine ganze Belegschaft einmütig ihre Forderungen unterbreitet und ihre Wünsche vorbringen läßt. Beim Vorbringen der Wünsche und Forderungen bedarf es aber einer Instanz, denn die ganze Belegschaft kann doch nicht gleich vorstellig werden, und diese Instanz nennt man Arbeiterausschuss. Der Arbeiterausschuss kann aus 3-6 Personen bestehen, mehr Personen ist nicht notwendig, sehr oft sogar vom Uebel. Früher, als die Organisationen noch nicht bestanden, gab es auch noch keine Ausschüsse, wie die Arbeiter sie als richtig anerkennen. Hier oder da hatte man zwar „pro forma“ eine Vertretung, in der Regel bestand dieselbe aus dem Krankentassenvorstand. Zu dem Krankentassenvorstand waren aber meistens, dank der Kurzsichtigkeit der Arbeiter, ein Meister, vielleicht auch sonst noch ein Angestellter und dann ein paar Arbeiter nach dem Herzen des Fabrikanten. Daß du von einer wirklichen Arbeitervertretung keine Rede sein konnte, ist eine ausgemachte Sache.

Die 3-6 Kollegen, welche zum Ausschuss bestimmt sind, müssen aus freier geheimer Wahl hervorgehen. Es sollen ruhige, charakterfeste und intelligente Kollegen sein. Auch sollen dieselben ihre Arbeit durch und durch verstehen, nicht nur und fleißig sein, um so dem Arbeitgeber jeden Grund zur Kündigung unter dem Vorwande zu nehmen, daß das Ausschussmitglied nur ein halber Arbeiter sei. In dem Aus-

eines Ausschussmitgliedes passen ferner ebensowenig Schwabronneure und Draufgänger, wie auch slavische Naturen, die dem Arbeitgeber gegenüber rot werden bis hinter die Ohren und in devotester Untertänigkeit den Rücken vor ihm krümmen. Solche Ausschussmitglieder, die also beschaffen sind wie sie sein müssen, sind dazu berufen, die Interessen der Belegschaft voll und ganz zu vertreten. Sie sollen alle vernünftigen und durchführbaren Wünsche, Anliegen und Forderungen der Arbeiter dem Arbeitgeber unterbreiten. Selbstverständlich darf der Ausschuss nicht „als Mädchen für alles“ gebraucht werden. Laßt der Ausschuss sich herbei, für jede Kleinigkeit, die der einzelne Arbeiter ihm unterbreitet, den Arbeitgeber zu belästigen, so macht er sich einfach lächerlich und wird sehr bald vom Arbeitgeber nicht mehr ernst genommen. Er büßt dann sein ganzes Ansehen ein. Handelt der Ausschuss jedoch geschickt und besonnen in den Fällen, die die Allgemeinheit angehen, dann wird auch der Arbeitgeber nicht umhin können, ihn als eine bleibende Institution anzuerkennen, ja, er wird finden, daß ein Ausschuss auch in seinem Interesse gelegen ist und durch denselben manches Unheil verhütet werden kann.

Es braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die Ausschussmitglieder einen Rückhalt an der Belegschaft und auch an der Organisation finden müssen, das heißt, so lange sie sich in dem vorher bezeichneten Rahmen bewegen. Anders ist die Sache aber, wenn die Ausschüsse über diesen Rahmen hinausgehen. Sie können dann für die Organisation sogar gefährlich werden. Heute, wo die Arbeiter anstandslos zu werden und auf allen Gebieten mit dabei sein wollen, soll man sich ja hüten, die Dinge durcheinander zu werfen und die Ausschussmitglieder für Taten zu animieren, die mit Fabrikangelegenheiten absolut nichts zu schaffen haben. Der Kongressantrag folgt dann in der Regel auf dem Fuße nach. Auch sollen und dürfen die Ausschussmitglieder keine Abmachungen treffen oder Maßnahmen vornehmen, die gegen das Verbandsinteresse verstoßen. Es kann und darf ein Verband, welcher sich nicht selbst das Grab graben will, derartige Eigenmächtigkeiten Einzelner niemals dulden. In letzter Zeit ist nun die Ansicht laut geworden, es möchte die Regierung die obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen bestimmen, um den Arbeitern einerseits eine ständige selbstgewählte Vertretung zu sichern, andererseits die Ausschussmitglieder vor Schaden und Maßregelungen zu bewahren. Das erste würde durch die obligatorische Einführung vielleicht herbeigeführt, ob auch das letztere, kann bei dem Charakter vieler Fabrikanten sehr bezweifelt werden. Weil es jedoch auch bis zur gesetzlichen Einführung noch ein weiter Weg ist, möge man überall versuchen, Ausschüsse aus freier Entschlossenheit zu wählen, mögen unsere organisierten christlichen Kollegen dabei überall auf ihrem Posten sein und sich nicht drücken, um den Vorwurf der Gegner, daß sie zu feige seien, einen solchen Posten zu übernehmen, durch die Annahme eines solchen Postens diesen Vorwurf gebührend zu widerlegen.

Es soll damit aber nicht gesagt sein, daß unsere Mitglieder da, wo die Belegschaft einer Fabrik in verschiedenen Verbänden organisiert ist, unbedingt einen Posten im Ausschuss übernehmen müssen. Sollen sie zum Beispiel als Dekorationsstück oder gar als Sturmböck gebraucht werden, dann verzichte man lieber auf einen derartigen Posten, denn einerseits haben unsere Leute nicht nötig, das fünfte Rad am Wagen zu markieren, andererseits sollen sie sich auch nicht brauchen lassen, um hinterher, wenn der Fabrikant es für gut befindet, so ein Mitglied wegen „Arbeitsmangel“ zu entlassen, noch obendrein ausgelacht zu werden. Solche Fälle von „Solidarität“ sind nicht vereinzelt! Diese bitteren Erfahrungen, wie sie hier angedeutet sind, sollen uns aber nicht abhalten, im Allgemeinen für die Einführung von Arbeiterausschüssen zu wirken. Sie sind berufen, ein erträgliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Belegschaft zu erhalten, respektive ein solches herbeizuführen, die unorganisierten Kollegen auf das Verfehrte ihres Standpunktes hinzuweisen, ihrer Organisation von allen Vorgängen in den Fabriken Kenntnis zu geben, überhaupt alles das zu besorgen, was dem Verbandsführern oftmals unmöglich ist. Wenn diese gutgemeinten Ratschläge und Winke, die dem praktischen Leben entnommen sind, überall die nötige Beachtung finden und befolgt werden, dann kann es der Arbeiterstand wie auch der Organisation nur zum Nutzen gereichen. Treue und Beständigkeit werden uns das Ziel erreichen lassen, welches wir uns gestellt haben, nämlich die Befreiung des vielen Standes von all den Wüten und Beschwerden, die die andern Stände kaum dem Namen nach kennen.

Zur Frage der freien Arztwahl.

Die Welf — die Waiblinger! Eine eigentümliche Rede- wendung, in Berücksichtigung des Titels, aber vielleicht nicht ganz unangebracht, auf die seit geraumer Zeit schon schwebenden, Lohnbewegungen zwischen Krankentassen und Ärzten“ und in Erwägung der ziemlich pointierten Resolutionen des

verflorenen „Allgemeinen Krankentassen-Kongresses“ zu Leipzig, seit welchem die Arztbewegung unseres Erachtens in ein neues Stadium getreten ist.

Wer hat Recht! Die Ärzteschaft mit ihren Forderungen oder die Klassen in der vielfach ablehnenden Stellungnahme!

Eine präzise Beantwortung dieser Frage ist derzeit geradezu eine Unmöglichkeit, und zwar so lange, bis die Meinungen sich mehr konzentrieren und verschiedene Kräfte — beiderseits — werden abgeklüftet haben; — vorläufig aber herrscht in allen interessierten Kreisen ein derartiges Tobwahn von Auffassungen und Beurteilungen, daß an eine geordnete Ventilierung des Projektes in den wenigsten Orten gedacht werden kann; von einer generellen Durchführung der Arztforderungen kann wohl überhaupt kaum jemals gesprochen werden, im Hinblick auf die ungleichen, örtlichen, wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Klassenbezirken. Was nun die Frage, ob die Einführung der freien Arztwahl, d. i. die Zulassung sämtlicher im Rayon einer Klasse domicilierenden Ärzte zur Behandlung von Krankentassenmitgliedern für letztere von Vorteil ist, oder seitens der Klassen durchführbar erscheint, anbelangt, so ist zunächst zu bemerken, daß dieselbe schon offen steht, seit es überhaupt Krankentassen gibt, und des öfteren Gegenstand mehr oder minder heftiger Polemiken gewesen war. — Der Leipziger Kongress nun hat den Stein neuerdings ins Rollen gebracht, und zwar auf Grund der Tatsache, daß gegenwärtig in ca. 300 Orten des deutschen Reiches eine solche Differenz der Kräfte mit den Krankentassen besteht, neuerdings in der Hauptsache bewirkt durch das Inkrafttreten der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zu Beginn des laufenden Jahres.

Der vorurteillose Beobachter wird sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß, trotz gegenteiliger Behauptungen, die Einführung der freien Arztwahl von den Ärzten größtenteils deswegen propagiert wird, weil diese keineswegs zu unrichtigehende materielle Vorteile aus einer solchen Institution zu erhoffen haben. Dadurch, daß gleichzeitig auch die Honorare erhöht werden sollen, wird der durch die unbefristete Zulassung aller Ärzte eines Bezirkes zur Betätigung der Krankenpraxis vielleicht bei einer Anzahl von Ärzten hervorgerufene, verminderte private Patientenzugang wieder ausgeglichen; daß aber durch solche Maßnahmen eine ausgedehntere Beschäftigungsmöglichkeit für die jungen Ärzte, von welchen die Bewegung hauptsächlich getragen wird, insbesondere in den Großstädten, wo sich heute durch übermäßigen Zuzug vielfach schon ein Ärzterolatariat zeigt, als gegeben erscheint, liegt klar auf der Hand. Diese Tatsache wird wohl recht illustriert, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Ärzte in Deutschland seit 1876 um mehr als das Doppelte zugenommen (jetzt über 29 000 Ärzte) hat, eine Steigerung, mit der die prozentuale, natürliche und künstliche Bevölkerungszunahme innerhalb des gleichen Zeitraumes in kein, auch nur annähernd sich ergänzendes Verhältnis zu bringen ist. Wir glauben, dies bemerken zu müssen, weil von verschiedenen Seiten das Drängen nach freier Arztwahl als eine rein ideelle Forderung der Ärzte dargestellt wurde, als lediglich zum Heile der Krankentassenmitglieder. Und nun kurz noch eine Frage: Ist die freie Arztwahl den Krankentassenmitgliedern zum Nutzen? Wir sagen entschieden Ja; aber nur dann, wenn sie auch wirklich frei ist. Niemand wird die Vorteile ernstlich bestreiten, welche den Erkrankten dadurch geboten sind, daß sie durch Einführung der freien Arztwahl in die Lage versetzt werden, den Arzt ihres Vertrauens zu wählen, denn die Erfahrung lehrt, daß die Zu- oder Abneigung, das Vertrauen zu dem behandelnden Arzte als ein wesentlicher Faktor zur Beschleunigung der Genesung mitzuwirken imstande ist. Von den Klassen nahestehenden Kreisen wird allerdings die Anschauung vertreten, daß hierdurch das Simulantenwesen gefördert werde. Wir sind nicht so pessimistisch und begrüßen es andererseits, wenn einem gewissen Galoppheilverfahren, welches jetzt von Seiten mancher Ärzte, herbeigeführt durch den Druck der Klasse, gebuldet wird, damit wirksam vorgebeugt werden könnte; zumal ja die Simulation bei den Krankentassen niemals dürfte auszumergen sein, auch dann nicht, wenn die deutsche Arbeitererschaft sich einer unsterblichen, staatlichen Arbeitslosenversicherung zu erfreuen Gelegenheit hätte.

Trotzdem können wir einer solchen Art der freien Arztwahl, wie sie von Seiten der Leipziger Ärzteschaft der dortigen Ortskrankenkasse zur Annahme vorgelegt wurde, keine allzu große Sympathie entgegenbringen; denn dort heißt es im Paragraph 2: „Die D.-K.-K. verpflichtet sich, die Namen der Ärzte ihren Mitgliedern in geeigneter Weise bekannt zu geben und die Mitglieder anzuweisen, einen der ihnen zunächst wohnenden Ärzte zu Rate zu ziehen und dessen Weisungen streng zu befolgen.“ Daß unter diesen Voraussetzungen die Leipziger Klassenangehörigen kein Interesse an der Einführung der „freien“ Arztwahl hatten, ist begreiflich; denn während bis jetzt das einzelne Mitglied un-

ter 270 Ärzten, welche von der Kasse angestellt waren, wählen konnte, sollte auf Grund der oben bezeichneten Klausel, durch die Bestimmung „einen der zunächst wohnenden Ärzte“ zu konsultieren diese Auswahl vielleicht auf ein Duzend (im Höchstfall) beschränkt werden.

Wenn nun angesichts dieser Unebenheiten, die Herren Ärzte, was die „freie Wahl“ anbelangt, etwas, möchte sagen weniger diktorisch vorgehen, andererseits aber in der Honorarfrage nicht vielfach über die lassen mögliche Leistungsgrenze hinausverlangen wollten, so sind wir der festen Überzeugung, daß sich eine befriedigende Lösung der für beide Teile so bedeutungsvollen Frage gewiß würde anbahnen lassen, zum Wohle des Arztesstandes, der Krankenkassen und last not least der Gesamtheit ihrer Mitglieder.

Es ein Wille ist, ist auch ein Weg. M. G.

Mehr Schulung.

Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen es rätlich erscheinen, die Ausführungen einzelner unserer Mitglieder auf den Versammlungen, sowie die Form bei der Abfassung von Schreiben etwas näher zu betrachten. Dieses soll nicht geschehen, um den betreffenden Kameraden einen Vorwurf zu erteilen, sondern einzig und allein zu dem Zwecke, unsere Mitglieder für die Folge vor Schaden möglichst zu bewahren. Nehmen wir zum Beispiel mal einen Fall. In einer Industriestadt Westfalens, wo wir auch eine Ortsgruppe haben, glaubten Mitglieder sich in Krankenkassenangelegenheiten benachteiligt. Es kam dieses auch in einer Versammlung zur Sprache, und ein besonders eifriger Kollege ließ sich zu den Ausführungen hinreißen: da können die Kollegen dran sehen, wie sie belogen und betrogen werden. Resultat: der Arbeiter slog auf die Straße, weil der Arbeitgeber, welcher den Arbeiter beschäftigte, der Ansicht war, die Ausführungen wären auf ihn gemünzt gewesen. Er blieb bei dieser Ansicht, selbst dann noch, als der Arbeiter ihm versicherte, er, sein eigener Arbeitgeber, sei nicht damit gemeint gewesen.

Ein anderer Fall. Ein Arbeiter am Niederrhein sah sich veranlaßt, bei der Gemeinderatswahl gegen den Wahlvorsteher entschiedene Front zu machen, weil er glaubte, daß die Haltung des betreffenden Herrn ungeheuerlich sei. Der Arbeiter bekam Recht, die Arbeiter und Bürger, welche vom Volke als Kandidaten aufgestellt waren, kamen durch, diejenigen jedoch, welche von „oben“ protegiert waren, plumpsten herein. Resultat: der Arbeiter slog aufs Pflaster wegen seiner allgemeinen agitatorischen Tätigkeit. Es gibt zwar Leute, welche behaupten, der Kollege sei auf die Straße gestiegen, weil der Arbeitgeber ein Freund des Wahlvorstehers und mit dem Verhalten eines Arbeiters nicht einverstanden gewesen sei, doch können wir solches nicht beweisen und stellen es deshalb auch nicht als allgemeinen Glaubenssatz auf.

Ein weiterer Fall. In einer Industriestadt am Niederrhein hatte ein Fabrikhaber eine Prozentkasse für seine Arbeiter errichtet. Ueber den Nutzen dieser Kasse gingen die Ansichten des Arbeitgebers und der Arbeiter weit auseinander. Eine Fabrikversammlung beschloß nun die Aufhebung dieser für die Arbeiter so „nützlichen“ Kasse und beauftragte den Ausschuß, solches dem Arbeitgeber schriftlich zu unterbreiten. Der Ausschuß kam dem Beschlusse nach, wandte jedoch eine Form an, worin der Arbeitgeber eine Verleumdung erblickte, und das Resultat war ein Klage gegen die Ausschußmitglieder. Dieses geschah am 14. Tage. Gestern, 20. d. M., wurden auch noch einige davon wegen Arbeitsmangel entlassen. Selbstverständlich tritt der Verband für solche entlassene, oder wie die Arbeiter sagen, gemahregelte Kollegen ein, jedoch hat die Unterstützung, was Zeitdauer und Höchsthöhe angeht, eine Grenze. Im Höchstfalle zum Beispiel zahlte der Verband diesen Kollegen eine Maßregelungsunterstützung von 15 Mark auf die Dauer von 13 Wochen. Daß diese Unterstützung für einen Kollegen, der sonst 18 bis 25 Mark wöchentlich verdient, einen riesigen Ausfall bedeutet, ist klar, die Sache wird aber noch schlimmer, wenn die 13 Wochen um sind und der Mann dank der „schwarzen Listen“ nirgendwo Arbeit erhalten kann.

Daß aus einem vortrefflichen Kollegen, welcher in einem solchen Dilemma hineingerät, ein bißiger Gegner der Gewerkschaft werden kann, ist schon vorgekommen. Was will die Organisation aber machen? Sie hat Mitglieder in ihren Reihen, die 12 bis 8 Mark oder noch weniger wöchentlich mit arbeiten verdienen, die mucken schon auf, daß der Verband eine so hohe Maßregelungsunterstützung zahlt. Auch liegt die Gefahr nahe, daß, wenn der Verband eine Maßregelungsunterstützung zahlt, die dem Wochenverdienst des Gemahregelten gleich kam, die Zahl der Maßregelungsfälle ins Ungemessene steigen würde. Was läßt sich da machen, so fragen wir noch einmal? Erwünscht wäre es, wenn der Verbandsausschuß die Frage einmal beraten würde, wie liegt nicht so ganz einfach, wie mancher Kollege glaubt. Doch für die Folge wollen wir eine Lehre aus den angeführten Fällen ziehen, nämlich die, sehr vorsichtig zu sein bei unserer Tätigkeit. Es kann nichts nützen, daß die einzelnen Kollegen den andern „ihren Mut“ mal zeigen, auch nicht, daß man das „wildwachsende Herz“ mal zeigt, Ruhe und Weisheit ist auch in den schwierigsten Fällen, das muß unser Motto sein. Es ist keine Schwächlichkeit von unsren Kollegen, wenn sie mal über die Stränge schlagen, so etwas läßt sich verzeihen, es ist aber Unberedlichkeit, die Folgen werden nicht genug ertragen. Deshalb Kollegen, schult Euch und bildet Euch, Ihr sollt den Mund nicht halten, Ihr sollt als freie deutsche Männer ein freies, deutsches Wort reden, aber so, daß man Euch nicht lassen kann, und dazu gehört Schulung und nochmals Schulung. Dann merkt es Euch, die Wahrheit zu sagen, das hält gar schwer, die Wahrheit zu betragen kann keiner mehr, und wollt Ihr zu dem Schaden nicht auch noch den Sport haben, dann rüht Euch mit der nötigen — Vorsicht und Klugheit.

Soziale Rundschau.

Gewerbegerichtliches.

Wie sollen sich die Arbeiter verhalten, wenn sie in die Lage kommen, am Gewerbegericht zu klagen, oder als Beklagter erscheinen zu müssen? In dieser Sache möchte ein Gewerbegerichtspräsident, der wohl einige Erfahrungen darin haben dürfte, den Mitgliedern zum Nutzen einige Zeilen schreiben.

Wie die Erfahrung gezeigt hat, hat ein großer Prozentsatz der Klagen, die an den Gewerbegerichten verhandelt werden, unverständliche Entlassung der Arbeiter oder auch Kontraktbruch des Arbeiters als Ursache. Zunächst möchte ich allen Rechtsbegehren zusetzen: Sei kluge, vernünftige, fleißige Arbeiter, tut alle eure Pflicht als Arbeiter, seid vor allem mäßig und pünktlich eueren Arbeitern, dann wird es nicht leicht vorkommen, daß Ihr am Gewerbegericht zu klagen habt, deshalb weil Ihr unbedeutender Dinge entlassen worden seid. Doch kann es ja vorkommen, und wenn jemand glaubt, daß er zu klagen hat, um zu seinem Rechte zu kommen, dann besetze er sich zuerst den § 123 der Gewerbeordnung, und was auch nicht zu vergessen ist, er soll sich die Gewerbeordnung mal gründ-

lich nachsehen, wenn er den Inhalt nicht genau kennt. Es ist schon längst vorgekommen, daß auf Grund der Arbeitsordnung die Klage abgewiesen worden ist. Wenn jemand glaubt und überzeugt ist, daß er Recht hat, dann klage er. Bei der Verhandlung, wo die Beiführer zugegen sind, ist es ratsam, möglichst wenig zu sagen, seine Sache klar, kurz und offen vorzutragen. Die Gewerbegerichtspräsidenten werden sicher, wenn sie ihrer Pflicht sich voll und ganz bewußt sind, Fragen durch den Vorsitzenden an die Parteien stellen. Wenn man Zeugen notwendig hat, so ist es ratsam, diese gleich mitzubringen. Wenn die Sache nicht klar ist, die Verhandlung vertagt wird, und man nicht sicher ist, daß auf seinen Wunsch hin die Zeugen erscheinen werden, dann bitte man um eine gerichtliche Ladung der Zeugen. Wenn es sich in der Verhandlung zeigt, daß man nicht in seinem Rechte ist, dann tut man gut, die Klage zurück zu nehmen. Selbst wenn auch die Sache für einen Arbeiter sehr günstig steht, so lasse man sich doch ja nicht von einem unverschämten Geiste beherrschen, sondern bedenke vielmehr, daß der Vorsitzende die Pflicht hat, so gut es in seinen Kräften steht, darauf hinzuwirken, daß ein Vergleich zustande kommt. Wenn mit einer solchen Gesinnung wie geschildert, ein Arbeiter am Gewerbegericht erscheint, dann wird auch das Gewerbegericht eher sein, was es sein soll: eine Institution zur Erhaltung und Förderung des sozialen Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Zahl der Gewerbeinspektoren

soll durch den neuen Etat um 11 vermehrt werden, so daß sie auf 131 steigt. Es ist die Errichtung von Gewerbeinspektionen in Braunsberg, Lingen, Forst, Büdenscheid, Mühlheim a. d. Ruhr und Lennep vorgesehen; ferner sind für die am 1. April 1902 und 1. April 1903 neu errichteten, aber bis jetzt nur kommissarisch verwalteten fünf Gewerbeinspektionen, die dauernd unentbehrlich sind und ohne Schädigung des Dienstes nicht länger auftragsweise versehen werden können, etatsmäßige Stellen vorgesehen.

Arbeiterinnenklub in der Schweiz.

Im Kanton Aargau wurde letzthin ein neues Arbeiterinnenklubgesetz angenommen, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen, Verbot des Mitnahmehausgebens von Arbeit über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus, sechswöchige Schutzzeit der Wöchnerinnen, Maximum der Leberzeitarbeit von 2 Monaten im Jahre, Ausschluß der Mädchen unter 18 Jahren und der Schwangeren von der Leberzeitarbeit, Lohnzuschlag von 25 Proz. für Leberzeitarbeit, dreiwöchige Probezeit mit dreitägiger Kündigung, schriftlicher Lehrvertrag, vierzehntägige Lohnzahlung und an einem der ersten fünf Wochentage, vierzehntägige Wartezeit für Lohnreduktionen, Verbot der Geldstrafen und dafür Schadenersatz bei vorsätzlicher oder grober Pflichtvernachlässigung, Verbot der Kennzeichnung des Arbeitszeugnisses, einstündige Ruhezeit während des Tages, mindestens zehnjährige Nachruhe und Sitzgelegenheiten für die weiblichen Angestellten der Ladengeschäfte, mindestens achtstündige Nachruhe und mindestens ein freier Sonntag in der Woche.

Strafbare Aufrechnung von Schadenersatzansprüchen eines Fabrikanten gegen Lohnforderungen.

Der § 134c der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 134b derselben schreibt vor, daß andere als in der Arbeitsordnung einer Fabrik vorgegebene Strafen über einen Arbeiter nicht verhängt werden dürfen; auch muß Art und Höhe, Art der Festsetzung und Verwendungszweck der Strafen durch die Arbeitsordnung festgelegt sein. Gegen diese Vorschrift hat ein Fabrikant in Neersen verstoßen, indem er, ohne daß dies in der Arbeitsordnung vorgegeben war, gegen Arbeiter, welche mindestens eine halbe Stunde zu spät kamen, eine Strafe von 10 Pf. festsetzte, und diese von ihrem Lohn in Abzug brachte. Er hielt sich hierfür berechtigt, weil ihm durch das Zusammentreten ein beträchtlicher Schaden entstände. Infolge der gegen den Fabrikanten erhobenen Anklage wurde dieser vom Schöffengericht in eine Geldstrafe von 100 Mk. genommen. Die Strafkammer zu M.-Gl. Gladbach in der Berufungssitzung erkannte jedoch auf Freisprechung, hauptsächlich deshalb, weil der § 135b Abs. 2 der Gewerbeordnung, worin gesagt ist, daß Schadenersatzansprüche des Fabrikanten durch vorstehende gesetzliche Bestimmungen nicht berührt werden sollen, eine Straffestsetzung zum Zwecke der Befriedigung der Schadenersatzansprüche des Fabrikanten nicht verbiete. Infolge eingeleiteter Revision der Staatsanwaltschaft wurde jedoch dieses Urteil von dem Kölner Oberlandesgericht aufgehoben und die Sache aus folgenden Gründen in die Vorinstanz zurückverwiesen: 1) weil der Vorderrichter nicht festgestellt habe, daß dem Angeklagten durch das Zusammentreten ein konkreter Vermögensschaden entstanden sei; 2) weil der Vorderrichter nicht geprüft, ob der Lohnabzug gegen die guten Sitten verstoße und der § 115 der Gewerbeordnung evtl. in Anwendung komme, der eine Lohnzahlung in bar ohne Abzug vorschreibe. Auf erneute Verhandlungen hin gelangte die Strafkammer zu M.-Gl. Gladbach wieder zu einem freisprechenden Urteil. Da die Staatsanwaltschaft auch diesmal Revision einlegte, wurde die Sache noch einmal bei dem Kölner Oberlandesgericht verhandelt, welche dieselbe wie früher in die Vorinstanz zurückverwies, weil die Strafkammer übersehen habe, daß das Revisionsurteil die Nichtanwendung des § 115 der Gewerbeordnung gerügt habe. In dem Lohnabzug sei eine Verletzung der vorschreibend angeführten gesetzlichen Bestimmungen enthalten, der Einwand des Angeklagten, daß § 115 der Gewerbeordnung nur Anwendung finden könne, wenn es sich um Abzüge für kreditierte Waren u. s. w. handle, sei nicht schlüssig.

Mitteilungen aus dem Verbandsgebiete.

Generalversammlung des I. Bezirks (Krefeld).

Am 23. Februar fand im Saale des Herrn Karl Klüver zu Krefeld die ordentliche Generalversammlung des I. Verbandsbezirks statt. Der Bezirksvorsitzende Reich eröffnete dieselbe gegen 11 Uhr morgens. Ergriffenen waren 119 Delegierte, vom Zentralvorstand außerdem noch die Kollegen Höfing und Camps. Nachdem der Vorsitzende die Erschienenen begrüßt und die Anwesenden aufgeföhrt hatte, sich zu Ehren der beschworenen Kollegen von den Eiden zu erheben, verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Generalversammlung. Niemand hatte etwas zu erwähnen, und so wurde zum ersten Male der Tagesordnung übergegangen. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden gab den Anwesenden so recht ein Bild von der Mannigfaltigkeit der Tätigkeit eines Bezirksvorsitzenden und wurde sehr beifällig aufgenommen. In der sich daran anschließenden Diskussion wünschte der Kollege Woerles, es möchten an zwei Tagen in der Woche Sprechstunden eingerichtet werden, mittags von 12—1 und abends von 7—8 Uhr. Doch ergab die Debatte, daß dieses fast unmöglich sei. Jedoch soll die Sache mal überlegt werden. Dem Kollegen Ringelbeid aus Leht, welcher meinte, das Verhalten bei der Debatte Wemagang hätte etwas anders sein können, wurde die Mitteilung, daß der Bezirksvorstand die Sache geprüft und das Verhalten als vollständig korrekt befunden habe. Damit war der Punkt erledigt. Hierauf erklärte Kollege König den Geschäftsbericht. Die Gesamtsumme des Bezirks betrug 35 824,23, an den Bezirk 224,25, Gesamtsumme 35 324,23. Gesamtsumme des Bezirks an Projekte, Zinsen einschließlich Kassenbestand vom 31. Dezember 1903 in Höhe von 225,64 Mk. Da der Bezirk eine Gesamtsumme von 5576,35 und eine Gesamtsumme von 3574,69 Mk. hatte, verließ am 31. Dezember 1903 ein Kassenbestand von

2001,66 Mk. An Sterbegeld aus der alten Kasse wurden gezahlt in 23 Fällen à 20 Mk. = 460 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dez. 1903: 4043 Köpfe. Da die Revisoren erklärten, Kasse und Bücher in schönster Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kaiserlicher Entlastung erteilt und ihm der Dank der Versammlung übermittle. Als Vorstandsmitglieder wurden die Kollegen Diermann, Dohmeyer, Hartges und Büchler mit über 2/3 Mehrheit wiedergewählt. Als Verbandsauschmittglied wurde gewählt Kollege Windhausen-Hals, als Ersatzmann Kollege Franz-Lobberich.

Ein Antrag von Lobberich und Umgegend dem Kollegen Franz aus der alten Kasse einen wöchentlichen Maßregelungszuschuß von 15 Mk. zu gewähren, wurde zurückgezogen. Ein Antrag der Ortsgruppe Lobberich, dem Kollegen Franz nach Ablauf der Unterstützung vom Zentralverbande eine Gratifikation von 150 Mk. zu gewähren, wurde mit 72 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag des Kollegen Dohmeyer, dem Kollegen Franz eine Gratifikation von 100 Mk. zu gewähren, wurde ebenfalls und zwar mit 54 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag des Konsumvereins Lobberich, zur Entlastung vom Zentralverbande eine Gratifikation von 150 Mk. zu gewähren, wurde dem Bezirksvorstand überwiesen. Es begann jetzt das Referat des Kollegen Fr. Reich über obligatorische Arbeiterauschüsse. Da sich jedoch der Saal schon ziemlich gelichtet hatte, ließ der Vorsitzende feststellen, wor es fehlte. Es fehlten, resp. waren fortgegangen 15 Bezirksgruppenvorstände ganz, auch fehlten von den anwesenden einigene Mitglieder. Ein solches Verhalten wurde von den Anwesenden sehr bedauert. Das Referat, welches inhaltreich und gediegen war, dauerte ungefähr eine Stunde, und es nahm die Versammlung am Schlusse einstimmig folgende Resolution an:

„Die Generalversammlung des I. Bezirks erkennt die Notwendigkeit der Arbeiterauschüsse in Fabriken und Werkstätten an. Sie erucht die Ortsgruppenvorstände, darauf hinzuwirken, daß überall Arbeiterauschüsse zum Zwecke der friedlichen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer errichtet werden. Da unter den heutigen Verhältnissen an einer allgemeinen Einführung von Arbeiterauschüssen durch die Arbeiter oder deren Organisationen wohl nicht zu denken ist, so erucht die Generalversammlung den Bezirksvorstand, dafür zu sorgen, daß beim Verbandsauschusse diese Frage zur Beratung gestellt wird. Um eine allgemeine Einführung von Arbeiterauschüssen und um die Ausschussmitglieder vor ungerechten Entlassungen zu schützen; ferner um den Arbeitern in den einzelnen Fabriken und Werkstätten eine ständige selbstgewählte Vertretung zu sichern, unternimmt der Verbandsauschuss halbmögligst beim Gesamtverband Schritte, damit dieser die maßgebenden Faktoren innerhalb unserer Verfassung zur Einführung obligatorischer Arbeiterauschüsse angeht.“

Die Generalversammlung nahm im allgemeinen einen ruhigen Verlauf. Der Versuch eines Delegierten aus Krefeld, diesen Verlauf zu stören, wurde von der Versammlung geäußert zurückgewiesen. Die Vertreter des Zentralvorstandes nahmen wiederholt an der Diskussion teil und trugen nicht wenig zur Klärung bei. Gegen 1/8 Uhr abends schloß der Vorsitzende, nachdem er alle, insbesondere dem Kollegen Camps (der Kollege Höfing mußte noch nach einer Versammlung und war schon früher gegangen), für ihre treue Mitwirkung gedankt hatte, die Versammlung, möge sie reiche Früchte bringen.

Generalversammlung des II. Bezirkes M.-Gl. Gladbach.

Dieselbe fand am 21. Februar im Lokale von H. Kommerz-Kirchhoff statt. Als Vertreter des Zentralvorstandes nahm der Kollege Sistenich an derselben teil. Anwesend waren inkl. des Bezirksvorstandes anfangs 76, später 79 Delegierte. Der Bezirksvorstande Seunes eröffnete dieselbe mit einer kurzen Begrüßungsansprache. Gegen das Protokoll der letzten Bezirksgeneralversammlung wurden keine Einwendungen gemacht. Hierauf erstattete der Bezirksvorstande den Geschäftsbericht, an welchen sich der Klassenbericht anschloß.

Aus dem Geschäftsberichte ist zu entnehmen, daß der Verbandsbezirk 2947 Mitglieder zählt, und die Mitgliederzahl noch ständig in der Zunahme begriffen ist. Der Verband war im vorjährigen Jahre an 28 Aktionen beteiligt, teils direkt, teils indirekt. Von diesen dienten 8 der Abwehr, wovon 6 für die Beteiligten günstig verliefen. In 12 Betrieben war eine Lohnaufbesserung zu verzeichnen. Zwei partielle Arbeitseinstellungen, die im Berichtsjahre vorliefen, wurden vom Verbandsausschusse nicht geschlichtet, waren auch nicht genehmigt. Hier hatten die Arbeiter auf eigene Faust die Arbeit niedergelegt. Beide Arbeitseinstellungen hatten für die Arbeiter einen negativen Erfolg.

Bzüglich der Lohnverhältnisse wurde berichtet, unter der Arbeiterschaft höre man allgemein darüber klagen, gegenwärtig werde ein Material verarbeitet, welches dem Arbeiter nicht ermöglicht, die Höhe des früheren Verdienstes zu erreichen. Dieses ist teilweise auf eine veränderte Zusammensetzung desselben zurückzuführen. Eine entsprechende Vergütung hierfür werde allgemein nicht gezahlt, und sei der Arbeiter in vielen Fällen gezwungen, wenn er sein Recht verlangen wolle, das Gewerbegericht anzurufen. (Bei letzterem haben sich auch die anhängig gemachten Klagen sehr gehäuft.)

Der Bezirksvorstand war bestrebt, durch Agitation die Zahl der Mitglieder zu vermehren. Es fanden aus diesem Anlasse eine große Anzahl von Fabrikversammlungen statt. An diesen wurden in 93 Fällen vom Bezirksvorstande teilgenommen. Außerdem besuchte der Vorstand 50 Ortsgruppenversammlungen. Solche Versammlungen, auf welche Mitglieder des Bezirksvorstandes als Referenten engagiert wurden, konnten hierbei nicht in Betracht.

Ferner wurde seitens des Bezirksvorstandes ein Flugblatt zwecks Agitation herausgegeben und den Vorsitzenden der Ortsgruppen zur Verteilung überlassen. Für die Arbeiterinnen wurde während des Jahres ein Unterrichtsкурс unterhalten, mit dessen Erfolge man sehr zufrieden sein muß. Verschiedene der Teilnehmerinnen traten schon in der Öffentlichkeit auf und sind verschiedene Referate von denselben schon gehalten worden. Im allgemeinen wird aber die Agitation unter den Arbeiterinnen noch nicht genügend gefördert, und werden die Vorstände der einzelnen Ortsgruppen gebeten, dieselbe im Auge zu behalten.

Die Mitgliederbeziehungen hatten sich im ersten Vierteljahr bedeutend gehoben, indem sie vom 1. Januar bis 1. April von 2669 auf 3078 stiegen. Infolge der Beitragsbefreiung und den Ertragsbeiträgen ging die Zahl derselben wieder zurück und war am Schlusse des Jahres die alte Höhe noch nicht erreicht. Es ist jedoch wieder eine Zunahme derselben zu konstatieren. Am Schlusse des Jahres war eine Mitgliederzahl von 2947 zu verzeichnen, welches ein mehr von 278 gegen das Vorjahr ausmacht. Dieses kann in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse als ein zufriedenstellendes Ergebnis bezeichnet werden.

Der Bezirksvorstand hielt im Laufe des Jahres 14 Sitzungen ab, und war außerdem noch auf drei Bezirksgeneralversammlungen in Anspruch genommen. Auch wurde eine Konferenz für die Vorsitzenden der Ortsgruppen arrangiert.

Die Geschäftsstelle hatte innerhalb des Jahres 1032 Besuche aufzuweisen. Seit dem 1. März wurden die Angelegenheiten des Bezirkes festgelegt. Es entfielen: auf Geschäftliches 664, Arbeitsverhältnisse 266, Krankenversicherung 48, Unfall 17, Invalidität 14, bürgerliche Angelegenheiten 31 Besuche. Schriftsätze wurden 18 angefertigt. Die Korrespondenz war eine rege, es gingen ein: 294 Briefe und 236 Karten. Der Versand betrug: 773 Briefe und 337 Karten. Die Besuche steigerten sich gegen das Vorjahr um 27%, ebenso wie die Korrespondenz eine bedeutende Zunahme auf.

Im Laufe des Jahres sah der Bezirksvorstand sich veranlaßt, bezgl. der Bureaufunden eine Veränderung eintreten zu lassen. Die Sprechstunde an den Sonntagmorgen wurde auf den ersten Quartalsmontag beschränkt. Die Veranlassung hierzu gab die durchschnittliche geringe Frequenz an diesen Tagen, andererseits aber auch, um dem Vorsitzenden für evtl. um diese Zeit stattfindende Versammlungen freie Zeit zu verschaffen.

Die Kassenverhältnisse wiesen in Einnahme und Ausgabe die Summe von 23354,45 Mk. auf. Davon erhielten die Zentralkasse 19691,98, die Bezirkskasse 2265,14 und die Kassen der Ortsgruppen 3397,33 Mk.

Die Bezirkskasse verzeichnete inkl. Kassenbestand und des Vermögens des früheren Gladbacher Verbandes die Summe von 4779,55 Mk. Diesen stand eine Ausgabe von 1536,58 Mk. gegenüber und verließ ein Bestand von 3242,97 Mk. Diefelbe wurde im Berichtsjahre zweimal einer Revision unterzogen, wovon Besichte vorlagen und zur Kenntnis der Versammlung gebracht wurden.

Die Bibliothek der Geschäftsstelle umfaßt 72 Nummern mit 80 Bänden.

Zu der hierauf folgenden Diskussion wurden keine besonderen Einwendungen gemacht und hierauf dem Kassensführer Entlastung erteilt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war Wahl des Bezirksvorstandes.

Wahlperiode des Vorstehenden abgelaufen war, mußte für diesen eine Neuwahl getätigt werden, welche laut Statut einen besonderen Wahlgang erfordert. Es wurde der bisherige Vorstand mit 68 von 77 abgegebenen Stimmen gewählt. Vier hatten sich der Stimme enthalten, die übrigen fünf hatten sich auf fünf Kandidaten beschränkt.

Aus der nun folgenden Vorstandswahl gingen als gewählt die früheren Vorstandsmitglieder Dießner und Kammels und an Stelle von Habertamp, der aus Gesundheitsrücksichten hat, von einer Wiederwahl abzusehen, der Kollege Müller-Gieseler hervor. In den Verbandsauschüß wurden Jos. Hillekamp und als Stellvertreter Ant. Busch wiedergewählt.

Zur Prüfung der Jahresrechnung wurde eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Clemens, Kremer und Parbon gewählt. Von der Ortsgruppe Abendhagen war ein Antrag gestellt worden, dem § 12 des Statuts ein Zusatz zu geben, um Mitglieder, welche durch ein Vergehen zur Erlangung ihres Rechtes berechtigt werden, Maßregelungsunterstützung zu sichern. Ueber diesen Gegenstand entspann sich eine lebhafteste Debatte, und wurde schließlich folgende Resolution mit großer Majorität angenommen:

Der Bezirk M.-Glabbach hält eine Revision des Verbandsstatuts als notwendig auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen. Insbesondere scheint es zweckmäßig, dem jetzigen § 12 besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden in Anbetracht der Wichtigkeit genährter Unterstützung gemessigter Kollegen. Der Bezirk beantragt daher beim Verbandsauschüß: die Zentralleitung wolle eine zweckdienliche Reform des Statuts vorbereiten. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat über die Zweckmäßigkeit der obligatorischen Einführung von Arbeitervereinschüssen, gehalten vom Bezirksvorstandsmittglied Kollege Schmitz. Mehrere definierte den Begriff derselben, besprach ihre Aufgaben und wies zum Schluß darauf hin, wie diese Instanz geeignet sei, den sozialen Frieden zu fördern und zu erhalten.

Hierüber wurde in eine Diskussion eingetreten und ging von dem Kollegen Kaiser folgende Resolution hierzu ein:

Generalversammlung wolle beschließen: Um ein geregeltes Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zum Vortheile gereicherdes Arbeiters zu ermöglichen, ist unerlässlich, in allen Betrieben, wo dies noch nicht der Fall ist, Arbeitervereinschüsse zu errichten. Jedoch ist es zweckmäßig, die Errichtung aus freier Ueberzeugung seitens der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auszuführen, da nur so der Arbeitervereinschüß erfolgreich zu wirken imstande ist, wenn beide Vertragsparteien denselben anerkennen; wenn insbesondere der Arbeitgeber diesen respektiert und den Arbeitern so auch wirklich Gelegenheit gibt, ihre Wünsche zu äußern und möglichst zu befriedigen.

Neben dieser Resolution lag noch eine des Kollegen Sistenich vor. Zu der Diskussion wurden beide von den Beteiligten empfohlen und die folgende des Kollegen Sistenich fast einstimmig angenommen:

Die ordentliche Generalversammlung des zweiten Bezirkes M.-Glabbach vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands erwirbt in der obligatorischen Einführung von Arbeitervereinschüssen einen großen Vorteil für die Arbeiterchaft. Derselben bilden einerseits eine Instanz die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, andererseits sind sie aber auch dazu geschaffen, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fördern. Die Generalversammlung beauftragt daher ihre Ausschüßmitglieder, im Verbandsauschüß dafür einzutreten, daß dieser als oberste Instanz die Schritte übernehme, bei der Arbeitervorteilung im gegebenen Körper die obligatorische Einführung von Arbeitervereinschüssen zu beantragen.

Hiermit war die Tagesordnung erledigt, und hat der Vorsitzende zum Schluß alle Anwesenden, nach Kräften dazu beigetragen, den Verband, insbesondere den Glabbacher Verbandsbezirk immer mehr zu kräftigen und auszubreiten.

Generalversammlung des VI. Bezirkes (Bayern).

Am Sonntag, den 21. Februar 1904 fand im katholischen Kasino in Augsburg die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands VI. Bezirk (Bayern) statt, zu der 17 Delegierte mit zusammen 27 Stimmen erschienen waren. Vertreter waren die Ortsgruppen: Augsburg, Ochsenhausen, Kempten, Schwabmünchen, Kempten, Bamberg, und Lambrecht (Wald), außerdem war der Zentralvorsitzende, Kollege G. M. Schiffer-Krefeld als Vertreter des Zentralvorstandes erschienen. Der Bezirksvorsitzende eröffnete die Generalversammlung und ließ die Erschienenen herzlich willkommen. Dem Berichte des Bezirksvorsitzenden über das abgelaufene Geschäftsjahr entnehmen wir: Das abgelaufene Geschäftsjahr bot wenig Erreuliches. Die Konjunktur war eine gute, obwohl dies die Arbeitgeber nicht zugeben. Dies beweisen die Ueberstunden, die in manchen Fabriken gemacht werden mußten, und die Dividenden in der Höhe von 6-25 Prozent, die an die Aktionäre zur Verteilung gelangten. Die Arbeitszeit war eine 11stündige. Auch im letzten Jahre lief eine große Anzahl von Beschwerden über Mißstände ein, die teilweise abgestellt wurden. Die Nachfrage nach Arbeitskräften war sehr gering, männliche wurden nirgends gesucht, weibliche hatten den Vorzug, weil die Tröschelns wieder vermehrt wurden. Die Löhne der Spinner und der Hilfsarbeiter erlitten keine Besserung, für 12 Arbeitstage wurden durchschnittlich 36 bis 38,50 Mark ausbezahlt, einige brachten es bis auf 42 Mark. Die Arbeiter bezogen im Ufford einen Durchschnittslohn von 24 Mark, die Oeler, Ausstößer, Schleifer u. d. durchschnittlich 2-2,70 Mark. Die Weberlöhne haben sich nicht geändert, dieselben belaufen sich auf 15 Mk., für 12 Arbeitstage auf 22 bis 30 Mark im Durchschnitt, einzelne Arbeiter (bei doppeltbreiten Stühlen) stellten sich höher. Die Zukunft ist für die Weber nicht besonders rosig. Die Agitation für den Textilarbeiterverband wurde im letzten Jahre stärker als je betrieben, trotzdem gelang es nur, eine kleine Gruppe in Kempten zu gründen. Die Zahl der Mitglieder beträgt 249, also 66 weniger als im Vorjahr, aufgenommen wurden in diesem Jahre 78 Mitglieder. Mit Tod schieden drei Kollegen aus unserer Mitte. Der schließliche Bericht war ein sehr reger, vom Bezirk wurden abgeschickt 200 Briefe, 70 Postkarten, ein Telegramm und 20 Drucksachen. Der Einkauf wies 120 Briefe, 62 Postkarten und zwei Telegramme auf. Der Bezirksvorstand hielt vier Sitzungen ab. Der Vorsitzende nahm an zwei Verbandsauschüßsitzungen teil. Die Trennung der Bezirkskrankenkasse vom Verband war wohl auch ein großer Rückschlag für den Bezirk. Der Jahresbericht klagt ferner über den großen Indifferentismus, die Gleichgültigkeit der großen Masse der Arbeiter und spricht die Hoffnung aus, es möge im kommenden Jahre besser werden. Der Bericht enthält noch den Dank für alle, die mitgewirkt haben am Ausbau der Gruppen wie auch an der Besserstellung der Arbeiter.

Der Abgleich des Kassa-Berichts entnehmen wir, daß auf 2186,16 Mark Einnahmen 2057,13 Mark Ausgaben kamen, mithin ein Aktiver Rest von 129,03 Mk. vorhanden ist. Die Revision der Kasse gab laut Bericht des Revisors nur einer Erinnerung nicht Anlaß.

Die Neuwahl ergab, daß die ausgeschiedenen Kollegen Josef Koller, Ernst Geiger, Ant. Scheß wiedergewählt wurden.

Als Vertreter in den Verbandsauschüß wurde neugewählt Jakob Bay, als Ersatzmänner die Kollegen Koller und Pfister. Sämtliche Gewählte nahmen die Wahl dankend an.

Von dem Herrn Landtagsabgeordneten Karl Schirmer ist eine Karte eingelaufen, durch die er für die Einladung zur Generalversammlung dankt und den Beratungen besten Erfolg wünscht. Selbst teilzunehmen ist ihm leider unmöglich. — Der Herr Zentralvorsitzende erbittet die Ermächtigung, dem Herrn Abgeordneten die besten Grüße des Verbandes übermitteln zu dürfen.

Die Ortsgruppe Lambrecht (Wald) stellte den Antrag, von Jahr zu Jahr befähigte Kollegen am volkswirtschaftlichen Kursus zu M.-Glabbach teilnehmen zu lassen. Wie der Vertreter der Ortsgruppe Lambrecht ausführte, verpflichtet man sich hierdurch tüchtige Helfer zur Agitation und dementsprechend Ertrag bei derselben. Der Zentralvorsitzende teilte mit, daß der Antrag überflüssig sei, weil ohnehin 3-4 Personen jährlich auf Kosten der Zentralkasse an dem Kursus teilnehmen, und dieses Jahr 3. B. der Bezirk Bayern an der Reihe ist. Einen weiteren Antrag hatte die Ortsgruppe Bamberg gestellt, der die baldige Einführung einer obligatorischen Verbandskrankenkasse bezweckt. Die Ansichten über diesen Punkt sind sehr geteilt, verschiedene Gruppen gehören anderen Klassen an und wollen daher von einer neuen Klasse nichts wissen, auf jeden Fall aber nichts von einem zwingenden Beitritt. Andere hingegen glauben eine Krankenkasse als Agitationsmittel nicht entbehren zu können.

Der Zentralvorsitzende hält die Sache für zu schwierig und momentan nicht durchführbar, trotzdem ihm der Antrag sympatisch ist. Der Antrag wurde nun dahin formuliert, daß die Gründung

einer „fakultativen“ Krankenkasse beim Zentralvorstand beantragt werden möge. Nach kurzer Beratung fand der Antrag einstimmige Annahme.

Der Antrag: Es möge den Gruppen unter fünfzig Mitgliedern ein erhöhter Prozentatz gewährt werden, fand für- und Gegenredner in Halle, doch fand der größte Teil der Redner auf dem Standpunkt, man müsse mit den Einnahmen richtig haushalten. Es wurde auch gerügt, daß speziell die Sammler alle einschädigt sein wollen, man möge auch der Sache zu lieb etwas tun. Ebenso sei es nicht notwendig, jede Mitgliederversammlung in Lokaltättern zu infizieren, da hierfür ein großes Geld verloren sei und weniger Wert habe als persönliche Agitation. Dem Verlag der „Augsburger Zeitung“ wird für die kostenlose Aufnahme der Referate der wärmste Dank der Versammlung ausgesprochen.

Zum Antrag Freistellung eines Beamten für unsern Bezirk wurde angeführt, daß wenn derselbe ein Mitgliedersatz am schwächsten, an Ausdehnung aber am größten sei, gerade aus diesem Grunde einen Beamten am ersten notwendig habe. Einstimmig wurde beschlossen, an den Zentralvorstand den Antrag zur Würdigung einzubringen.

Die Gewährung einer Reiseunterstützung war in einem weiteren Antrag vorgeschlagen worden. Diesem Antrag stehen die Delegierten sehr sympathisch gegenüber. Geht man von Mitgliedern, die gemäßigt, oder infolge eines Streikes einen Ort verlassen mußten, auf Kosten der Zentralkasse nach anderen Orten gebracht. Durch Reiseunterstützung würden wahrscheinlich viele jüngere Leute für den Verband gewonnen werden. Die Hirsch-Bundschuh-Gewerkschaften verbanden zum großen Teil ihre Einführung ihre Mitglieder. Der christliche Textilarbeiterverband tut dagegen mehr, um die Löhne zu verbessern. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und an den Zentralvorstand weiter gegeben. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß in den konfessionellen Vereinen, namentlich in den katholischen Arbeitervereinen, mehr Propaganda für die christlichen Gewerkschaften gemacht werden möge. Nachdem verschiedene, mehr interne und administrative Angelegenheiten noch beraten worden waren, schloß der Bezirksvorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Generalversammlung reiche Früchte zeitigen möge, und endete mit einem Hoch auf den Verband.

Vorkum.

Am Sonntag, den 21. Februar hatte unsere Ortsgruppe eine größere Versammlung im Lokale von Gschw. Wanders einberufen, zu der die Bürger und alle industriellen Arbeiter unseres Ortes eingeladen waren. Leider ließ der Besuch trotz aller Bemühungen des Vorstandes und der Förderer zu wünschen übrig. Kollege Dickmann (St. Dömis) hielt einen zweifelhafte interessanten Vortrag über die Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen und über die christliche Bewegung im Besonderen. Ausgehend von der Entstehung des Jaquardstuhles durch den gleichnamigen Erfinder, welcher leider für seine geniale Erfindung nur Un dank geerntet habe, ging derselbe auf die englischen Gewerkschaften über und schilderte die deutsche Gewerkschaftsbewegung von den 60er und 70er Jahren in großen Zügen, aus denen hervorgeht, zu werden verdient, daß dieselbe sich immer im Sinne sozialistischer Ansichten bewegt habe. Daraus ergab sich naturgemäß die Gründung christlicher Gewerkschaften. Der Redner wußte seine Ansichten in so überzeugender Weise darzustellen, daß ihm am Schluß seines Vortrages reichlicher Beifall zu teil wurde. Herr Viktor Lammerl von hier, Präses des kath. Arbeitervereins, ein warmer Freund unserer Bewegung, schloß sich dem Herrn Referenten voll und ganz an und betonte, daß es Pflicht eines jeden christlichen Arbeiters sei, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Kollege Driesch betonte, daß es für die besser situierten Arbeiter ebenso notwendig sei, sich zu organisieren, als wie auch für die schlechter Gestellten. Nimmehr erhielt der Referent das Schlußwort, indem er nochmals die Notwendigkeit der Organisation hervorhob und einige besondere Vorteile der Gewerkschaft dargelegt hatte. Aber es kam noch nicht zum Schluß, denn es erbat und erhielt das Wort Herr Peter Gorky (Buchdrucker und früherer Redakteur der „Vorkumer Zeitung“). Derselbe betonte, daß anfangs Febr. die Leitung des Bundes der Industriellen Deutschlands den Plan besprochen habe, einen Gesamtverband der Industriellen für ganz Deutschland ins Leben zu rufen und eine sogenannte Streikversicherungskasse zu gründen. Dasselbe geschähe anschließend zu dem Zwecke, die Arbeiterorganisation völlig lahm zu legen. Nachdem derselbe demgegenüber die Wirksamkeit einer streifen Organisation „Kriegs- und die „Versammelten nur aufzubereiten, ihrerseits auch eventuelle Opfer nicht zu scheuen, erhielt als letzter der Ortsgruppenvorsitzende Th. Meier jr. das Wort. Dier legte in kurzen Worten den Wert der in Amerika bestehenden Syndikatstrüß und sonstiger Fabrikantenringe auseinander und betonte ebenfalls auch die Macht der dortigen Arbeitervereinigungen und meinte zum Schluß auch, wir sollten nur kräftig für unsere Bewegung eintreten. Er schloß mit dem kräftigen Appell: Immer vorwärts, bange machen gilt nicht! Nachdem nun der Vorsitzende nochmals aufgefordert, sich zu organisieren, und bekannt gegeben, daß man auch benachteiligte, einen Distrikterlu zu gründen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Gochjal (Baden). Zur weiteren Stärkung der Ortsgruppe Lausenburg wurde am Samstag, den 20. Februar hier eine öffentliche Textilarbeiterversammlung einberufen, zu welcher auch eine Anzahl Kolleginnen erschienen waren. Der Referent, Bezirksvorsitzender Kammerer, sprach über die Notwendigkeit der Organisation. Im Verlaufe seiner Ausführungen wandte sich der Redner hauptsächlich an die anwesenden Kolleginnen und ermahnte sie, ebenfalls der Organisation beizutreten, denn neben der Fabrikarbeit treiben die Kolleginnen auch noch etwas Landwirtschaft und sind so in der Lage, ihre Nahrungsmittel zum Teil selber zu pflanzen. Das wissen denn auch die Fabrikanten sehr gut auszunutzen, was schon an dem Bestreben derselben ersichtlich ist, ihre Fabriken immer mehr auf die Landorte zu verlegen. Dadurch drücken aber diese wieder auf die Löhne in den städtischen Industriebezirken.

Durch die traurigen Lohnverhältnisse in der Fabrik Gebr. Raaf u. G. in Lausenburg sind die Arbeiter gezwungen worden, der Fabrik den Rücken zu kehren. Die Firma sucht nun durch Zeitungsinserte Arbeiterinnen, wohl wissend, daß sie mit diesen eher fertig werden kann. Wären die Arbeiterinnen alle organisiert und verlangten sie gleichen Lohn für gleiche Leistung, dann würde man nicht immer heftig sein, die männlichen Arbeiter auszusuchen und an deren Stelle Arbeiterinnen einzustellen. Sollen denn diese Zustände sich so weiter entwickeln, daß die Männer die Haushaltung besorgen müssen und die Frauen in die Fabrik gehen? Die vorbereiteten Frauen müssen aus der Fabrik heraus und die Männer sollen verdienen, daß sie allein in der Lage sind, ihre Familien ethlich und rechtschaffen durchs Leben zu bringen. Dazu bedarf es aber auch der Mithilfe der Arbeiterinnen. Darum alle hinein in die Organisation!

In der nun folgenden Diskussion ergriffen noch mehrere Kollegen das Wort und eruchten die Berufscollegeninnen, nur furchtlos und frei einzutreten in die Organisation, damit es ihnen endlich einmal gelänge, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Mehrere Kolleginnen erklärten sofort durch Unterschrift ihren Beitritt. Eine Anzahl wollten ihre Aufnahmezettel zu Hause schreiben, auch einige Kollegen erklärten sich bereit, in nächster Zeit ebenfalls dem Verbands beizutreten. So wurde denn die schon verlaufene Versammlung mit dem Wunsche geschlossen, daß die Ortsgruppe Lausenburg immer mehr erstarken möge.

Hilden. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 21. Febr. eine Mitgliederversammlung ab; dieselbe war schwach besucht. Nach Verlesung des Protokolls erstatteten die Delegierten Bericht über die Bezirks-Generalversammlung. Nach demselben fand eine Diskussion statt. Die Versammlung war der Ansicht, daß ein freigestellter Beamter sehr nötig sei, deshalb wurde dem Kartelldelegierten der Auftrag gegeben, falls unser Bezirksvorsitzender nicht freigestellt würde, das Kartellamt zu eruchen, einen diesbezüglichen Antrag an den Gesamtverband zu stellen. Um unsere Versammlung etwas zu beleben, hatten sich einige Mitglieder des Kartellamts eingefunden, welche lebhaft in die Diskussion eintraten. Es wurde der Wunsch geäußert, um den Mitgliedern Gelegenheit zur weiteren Ausbildung zu geben, eine Bibliothek anzuschaffen. Die Ortsgruppenkasse hat ein Vermögen von 40 Mk., von diesen soll eine Summe bewilligt werden, um den Anfang zu machen. Die Mitglieder werden erucht, unsere nächste Versammlung vollständig zu besuchen, weil in derselben ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt werden soll.

Krefeld. (Sozialdemokratischer Bezirk.) Die Ortsgruppen Nordhorn und Rheine hielten, erstere am 30. und letztere am 31.

Januar, öffentliche Versammlungen ab, zu der auch die Gegner eingeladen waren. Als Referent war der Bezirksvorsitzende Kollege Genosse Köhlig aus Warmer erschienen. Nachdem nun beide Ortsgruppen einen der Wahrheit entsprechenden Bericht eingelebt und veröffentlicht hatten, wöhingegen die „Deutschen“ aus Rheine es vorzogen, ganz zu schweigen, nimm... Genosse Köhlig aus Warmer im deutschen Textilarbeiter das Wort, um in wahrheitswideriger Weise gegen die Artikelredakteur zu polemisieren. Zunächst kommt die „christliche Freiheit“, die gefällt dem Genossen Köhlig nicht, obgleich dieselbe die „sozialdemokratische Freiheit“ turmhoch überragt. Denn in Nordhorn konnte Köhlig 2 1/2 Stunden und in Rheine so lange sprechen, wie er wollte. Daß diese Freiheit doch erhaben ist gegen die Freiheit der Genossen, die die christlichen Redner in ihrer sozialdemokratischen Versammlungen niederbrüllen und anpöbeln, wird doch auch ein Genosse Köhlig zugeben müssen. Uebrigens verdankt Genosse Köhlig die Einschränkung der Redezeit in Nordhorn seinen Genossinnen selbst, ebenso auch die Entziehung des Lokale, die Wirte hatten das Schreiben der Genossen nämlich herzhilflich. Also Genosse Köhlig, hier muß es heißen, „mea culpa“. Was nun die Ausführungen des Referenten anbetrifft, so war demselben überlassen, über welches Thema er reden wollte, er hatte also vollständig freie Hand. Von einer Fortsetzung des Referats in Rheine, welches der Bezirksvorsitzende Pech in Nordhorn gehalten hatte, ist nirgends etwas zu lesen gewesen, auch war solches ununterschiedlich, der Referent mußte bei ihm anfragen, über was er sprechen dürfe? Das war doch wohl gegen seine sonstigen sozialdemokratischen Anschauungen. Angenommen aber, der Referent hätte in Rheine genau so gehandelt wie der Genosse Köhlig, indem er dort das nämliche herunterleerte, hätte es denn nicht auch von ihm geheißen wie seinerzeit vom Köhlig? Mit dem Präbikat „Quasseltrüge“ wollte der Referent nicht nach Hause fahren. Im übrigen irrt Genosse Köhlig, wenn er schreibt, der Referent referierte in Nordhorn über die Entwicklung der Gewerkschaften, es waren diese Ausführungen nur ein Teil seines Referates. Der Referent behandelte hauptsächlich die Entwicklung des gewerblichen und industriellen Aufschwungs und Lebens in Deutschland, um auf die Gewerkschaftsgründungen überzugreifen. Der Referent hätte sich bei letzteren Ausführungen nicht auf Zeitungsnotizen à la Glabbach, sondern auf die Schrift von Dr. phil. Joseph Schmölle. Verlag von Gustav Fischer, Jena. Daß es dem Genossen Köhlig dabei schwall wurde, konnte man ihm schon ansehen, noch mehr aber bezeugte es die Hast und Aufregung, womit er seine unüberlegten nichtsagenden Ausführungen zu Gehör brachte. Die Sozialdemokratie als Kletter, das war das Alpha und Omega seiner Rede. Wenn Genosse Köhlig nun von Irrtum, Unkenntnis und Unwahrheit des Referenten spricht, so ist das bei Leuten, die die Wahrheit in Erbpacht genommen zu haben glauben, nicht weiter zu verwundern, nur wundern muß man sich, daß Genosse Köhlig mit seinen „so weissen“ Ausführungen keinen Anhang fand. Was nun die Besprechung angeht, die Köhlig unter Rheine anführt und die Resolution betrifft, so ist in Rheine überhaupt keine Resolution gefaßt worden. In Nordhorn wurde eine solche gefaßt, und zwar stimmten von den annähernd 250 bis 300 Anwesenden mindestens 200 bis 250 dafür und im allergünstigen Falle 40 bis 50 dagegen. Die dagegen stimmten, das waren 22 Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes und einige Unorganisierte, die Köhlig in der Versammlung allerdings von sich abschütteln wollte, als unser Kollege Sparrenberg die Feigheitsgeschichte vortrachte. Das Thema in Rheine auf der Versammlung lautete: Warum gründen wir christliche Gewerkschaften? Das Referat dauerte eine Stunde. Dieses Thema war doch so recht geeignet, widerlegt (?) zu werden. Warum tat Genosse Köhlig so etwas nicht? Warum ritt er den nämlichen Gaul, der in Nordhorn schon lahm geworden war? Nun, er war einfach übertrafft! Als er sich in seiner Verlegenheit an das Bureau wandte und den Vorsitzenden bat, die Versammlung zu befragen, ob er nicht über das Referat in Nordhorn diskutieren dürfe, da kam der Referent ihm zu Hilfe und richtete den Wunsch an die Versammlung, den Genossen doch reden zu lassen, wie er wolle, aber was er wolle und so lange er wolle, mehr Freiheit kann man doch auch von den Christlichen nicht verlangen. Köhlig machte denn auch von dieser Bewilligung ausreißend Gebrauch und redete, nun was redete, ganz genau das nämliche, was er in Nordhorn geredet hatte, nur etwas weiter ausgebreitet. Von Ueberlegung des Referenten keine Spur. Nichts als nichtsagende sozialdemokratische Phrasen und Ausschweifereien. Daß der Referent in seinem Schlußwort diese Phrasen gründlich beleuchtete und den Anwesenden ein anderes Bild von den Ueberbrachten und Ueberlebenden zeichnete, wozu wollte ihm solches verdenken.

Alles in allem, Genosse Köhlig holte sich mit seinen „Belehrungen“ eine gründliche Niederlage und zog mit einem halben Dugend „Annekes“ ab wie ein begoßener Fudel. Das zur Ueberwindung dem Genossen Köhlig. Was nun das Wort „Genosse“, worüber Köhlig auch polemisiert, angeht, so kann man sich auch so nennen, ohne daß man mit Prinzip und Taktik übereinstimmt. Bemerkung: der Dresdener Parteitag, dieser „Jungbrunnen“ des Herrn Bebel, hat die Ueberzeugung der Revisionisten nicht erschüttert, und doch bleiben sie „Genossen“ trotz des Scheiterns der Revolutionären. „Sum.“

Krefeld. Nachfolgende Mitteilungen, die uns von gläubiger Seite gemacht wurden, zeigen, daß die Arbeiter des Kommerzienrats F. W. Deußen, die er in seiner Fabrik auf der Hülfstraße beschäftigt, nicht zu beneiden sind. Man teilt uns mit: Eine in der Regel kurze Arbeitszeit und das Vorarbeiten leichter Ware machen es einem Familienvater fast unmöglich, mit Anstand durch die Welt zu kommen. Verschleht hat sich die Lage vieler Arbeiter noch dadurch, daß sie durch die Verhältnisse gezwungen sind, alte ungewänderte Stühle als Doppelpfänder zu bedienen. Abgelagert davon, daß die Arbeiter mitunter erschrecken über die darauf verfertigte Ware, können sie auch nicht immer flott voran arbeiten, weil es vorkommt, daß von diesen Stühlen ganze Broden abspringen. Zu all diesem Elend kommt nun noch hinzu, daß die zweimalige Löhnung wöchentlich aufgehoben worden ist und an deren Stelle die einmalige Löhnung pflaggegriffen hat. Es soll sogar schon vorgekommen sein, daß keine einmalige Löhnung für Einzelne war, obgleich das Stiel zeitig eingebracht wurde. Auch erhalten die Arbeiter nicht immer die Löhnung während der Arbeitszeit, sondern später, sie können dann so lange bei einer Notlampe in der Fabrik herumkrabbeln. Ein Arbeiter, der auch glaubte, Löhnung zu haben, die Löhnung aber an dem Tage aus Gründen, die die Arbeiter nicht kennen, nicht stattfand, sondern erst am Tage nachher, mußte sich von einem andern Arbeiter 50 Pfg. leihen, um seinen Angehörigen bis dahin „etwas zu beissen“ tanzen zu können. Wir glauben nicht, daß der Herr Kommerzienrat von diesen Geschicknissen Bescheid weiß und lassen bestimmt, daß diese Zeiten dazu beitragen werden, die Zustände zu ändern.

Lausenburg (Baden). Die Generalversammlung unserer kräftig emporkommenden Ortsgruppe wurde am 28. Januar abgehalten. Der Vorsitzende Kollege Ruch erteilte nach Eröffnung der Versammlung zuerst dem Kassierer Döbel das Wort zur Verlesung des Kassenberichts pro 1903. Die Kollegen Joseph Mutter und Wilhelm Dietzche, welche zu Kassenrevisoren gewählt wurden, fanden die Kasse in Ordnung, worauf dem Kassierer Entlassung zu teil wurde. Als Vorstand wurde gewählt Kollege Ruch, als weitere Vorstandsmitglieder Kollege Aufhammer und Döbel, letzterer zugleich als Kassierer. Zum Schriftführer wurde Kollege Johann Müller gewählt. Der anwesende Bezirksvorsitzende Kammerer machte darauf aufmerksam, daß in Lausenburg früher schon eine blühende Ortsgruppe bestanden habe, dieselbe sei aber mit der Zeit wieder zusammengebrochen bis auf drei Mitglieder. Als dann wieder eine intensive Agitation begann, sei die Mitgliederzahl wieder in die Höhe gegangen, und heute beträgt sie annähernd 100 Mitglieder. Allein damit dürfte man sich nicht begnügen, es müße weiter gearbeitet werden, um die noch fern stehenden Kollegen ebenfalls für die Organisation zu gewinnen. Inuner nur mutig voran und mit Wollwampf voraus!

Kollegen und Kolleginnen, agitiert für unsern Verband!

Neustadt a. d. S. Die Ortsgruppen des christlichen Textil- und des christlichen Schuh- und Lederarbeiterverbandes veranstalteten am 20. Febr. eine gemeinsame Mitglieder-Verammlung, welche vom Vorsitzenden der Textilarbeiter, Kollegen Emil Hote geleitet wurde. Zunächst überbrachte dieser herzliche Grüße von unserm Bezirksvorsitzenden Kollegen Camps und vom Sekretär Hase aus Posen sowie auch von den Kollegen der Ortsgruppe Forst in Lausitz. Dann hielt der Kollege Mejerst einen Vortrag über die Arbeiterfrage im allgemeinen, deren Ursache und Folgen, sowie über die Mittel und Wege zu einer geordneten Lösung.

Hierauf sprach der Vorsitzende in ausführlicher klarer Weise über das Verhältnis der konfessionellen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften. Seine vortrefflichen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Abhandelt wurde einstimmig die Einführung eines Diskussionsabends beschlossen und zwar soll der erste am Sonntagabend, den 12. März, abends 8 Uhr stattfinden. Dann wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen und mit einigen Dankworten die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Die Kollegen, welche durch Abwesenheit glänzten, bitten wir, nächstens doch auch erscheinen zu wollen. Schulung haben wir doch alle höchstnötig. Auch in Neustadt wird es Zeit, daß wir mehr wie je verpflichtet sind, die Schlafmütze abzulegen und uns mehr zu betümmern um das, was um uns vorgeht.

Rheydt. Die Leser des „Christl. Textilarbeiter“ werden sich vielleicht erinnern, daß sie in Nr. 10 1902 einen Bericht von Rheydt, unter dem Titel „Koblenze oblige“ gelesen haben, in welchem der zu Rheydt wohnende Fabrikant Peter Berwegen kritisiert wurde, daß er einem alten Arbeiter aus seiner Fabrik eine menschenunwürdige Behandlung habe zu teil werden lassen. Wegen dieses Artikels wurde der Redakteur des „Christl. Textilarbeiter“, Zentralvorsitzender Schiffer, wegen Freisprechung unter Auflage gestellt und am 22. Oktober 1902 vom Schöffengerichte zu Rheydt wegen „Beleidigung in der Form“ in eine Geldstrafe von zwanzig Mk. genommen. In diesem Prozesse trat der Fabrikant Berwegen als Zeuge auf, und befand er unter Eid, dem Arbeiter Eiser zwei bis dreimal mit einem Finger auf die Brust getippt zu haben. Das Gericht legte aber auf diese Aussagen kein großes Gewicht, sondern erklärte die in dem Artikel gemachten Behauptungen als erwiesen, weil von mehreren Zeugen, die dem Berichte ebenso glaubwürdig erschienen, ganz anders ausgesagt wurde.

Wegen dieser Angelegenheit (Mißhandlung) war nun auch von dem Arbeiter Eiser gegen den Fabrikanten Berwegen Strafantrag gestellt worden. Die Sache zog sich aber außergewöhnlich in die Länge. Erst nach mehreren Besuchen wurde endlich Ende 1903 vor dem Schöffengerichte zu Rheydt Termin angesetzt, und der besagte Fabrikant wegen fälschlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von dreißig Mk. verurteilt.

Gegen dieses Urteil legte der Beklagte Berufung ein und fand eine weitere Verhandlung am 4. Februar 1904 vor der Strafkammer in M.-Gladbach statt. Diese Verhandlung ergab auch keine neuen Momente, welche geeignet waren, den Angeklagten in ein günstigeres Licht erscheinen zu lassen. Wurde doch von einem Zeugen bekundet, daß das angebliche „Tippen“ des Sp. Berwegen zur Folge gehabt habe, daß der Kläger mehrere Male, wenn er aufgefunden war, wieder direkt auf seinen Sitz zurückfiel. Außer diesem wurden auch verschiedene Bemerkungen bekundet, die der Angeklagte bei dieser Gelegenheit gemacht hatte, welche nicht zu seinen Gunsten ausfielen, und geeignet waren, den Kläger lächerlich zu machen.

Die Verteidigung suchte den Herrn Berwegen als einen sehr humanen Fabrikanten hinstellen, er beschäftige viele Arbeiter, die schon lange Jahre im Betriebe tätig seien, und reklamierte es als ein Recht für diesen, wenn er seine Arbeiter Annehmlichkeiten gebe, solchen auch den erforderlichen Nachdruck (?) zu verleihen, wie es im vorbenannten Falle nur beabsichtigt gewesen sein könne, und beantragte Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht trat dieser Ansicht nicht bei und verwurft die Berufung des Angeklagten und schloß sich den Ansichten des Vorderrichters an, daß der Angeklagte das Erlaubte überschritten habe, und bestätigte die Strafe von dreißig Mark.

Ob der Angeklagte sich mit diesem Urteile zufrieden gibt, können wir zur Stunde noch nicht sagen, weil wir noch nicht wissen, ob derselbe das Rechtsmittel der Revision ergreifen hat.

Werden a. d. Ruhr. In unserer am Samstag, den 20. Februar stattgefundenen Mitgliederversammlung ersetzte der Vorsitzende, Friedr. Steffens, zunächst Bericht über die stattgefundene Bezirksgeneralversammlung. Sodann wurden zum Ortsartikel sechs Delegierte gewählt. Dann wurde von der Versammlung der Wunsch ausgesprochen, über unsere Mitglieder-Veranstaltungen mehr in unserem Organ zu berichten. An dieser Stelle muß aber auch einmal bittere Klage geführt werden über den schlechten Besuch unserer Versammlungen. Sogar unser zweiter Bezirksvorsitzender, welcher unserer Ortsgruppe angehört, läßt sich schon längere Zeit nicht mehr in unsern Mitglieder-Veranstaltungen sehen. Kollegen, laßt also künftig das Raufieren außerhalb der Versammlungen sein und kommt in die Versammlungen und bringt da eure Wünsche und Beschwerden zur Sprache.

Briefkasten.

Bierfen III. Die Ansicht des betr. Kassens-Vorsitzenden ist u. E. ganz richtig. Indessen müssen über die Beitragsverhöhung die Arbeiter (Sekretär) und die Arbeitgeber getrennt abstimmen und muß auf beiden Seiten eine Majorität dafür sein. Es scheint mir aber, daß eine Fabrik-Branche zu handeln und selbst bei dem Widerstand der Firma wenig günstige Aussicht auf Erfüllung ihres Wunsches zu sein.

Rach Lachen. Wegen des vielen Einwandranges müssen wir leider Ihren General-Versammlungsbericht bis zur nächsten Nummer zurückstellen.

Verbandskalender.

Aachen I. Mittwoch, 16. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale St. Martin: Mitglieder-Verammlung. T.-D.: Geschäftsbericht für die Ortsgruppen, Bericht über die Bezirksgeneralversammlung und Auswahlsprechung, Verschiedenes.

Aurath. Sonntag, 13. März, abends 6 Uhr, bei St. Kuhl's, öffentliche Mitglieder-Verammlung mit Gratulationsfeier. Referent Friedr. Reich. T.-D.: wird im Lokale bekannt gemacht. Unorganisierte sind willkommen.

Amerongen-St. Georg. Sonntag, 6. März, nachm. 1 1/2 Uhr, große öffentliche Versammlung im Lokale von Birne Klagen. Zu dieser Versammlung sind alle Arbeiter und Bürger von Amerongen und Umgebung freundlichst eingeladen. T.-D.: 1. Warum gebären wir christliche Gewerkschaften? 2. Die Beziehungen in Amerongen und die Fortschritte der letzten Zeit. Referenten: J. Reich und Albert Garges.

Bocholt. Arbeiter-Vertreter-Verein, Sonntag, 6. März, morgens 11 1/2 Uhr, im Saale der Witwe Zwanzig Versammlung. Referent: Fortsetzung über Unfall-Versicherung. Alle erscheinen.

Borghorn. Sonntag, 6. März, vorm. 11 Uhr, im Lokale des Ehrenmitglied Franz Zwirg, Mitglieder-Verammlung. T.-D.:

Berichterstattung über die Bezirksgeneralversammlung, interne Ortsgruppenangelegenheiten. Die Kollegen und Kolleginnen werden in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend erlucht, vollständig zu erscheinen, besonders diejenigen, die man so selten auf den Versammlungen sieht.

Vorsten. Sonntag, 6. März, morgens 11 1/2 Uhr, Mitglieder-Verammlung im bekannten Lokale. T.-D.: Bericht über die Bezirksgeneralversammlung, Verschiedenes. Die Mitglieder werden dringend erlucht, alle zu erscheinen.

Goesfeld. Sonntag, 6. März, morgens 11 1/2 Uhr, findet im kathol. Arbeitervereins-Saale eine Mitglieder-Verammlung statt. T.-D.: sehr wichtig. Alle erscheinen.

Düffeldorf. Sonntag, 6. März, vorm. 11 Uhr im Paulshaus Versammlung. Es wird dringend gebeten zu erscheinen.

Delmenhorst. Sonntag, 13. März, nachm. 4 1/2 Uhr, Versammlung bei Kollege. T.-D.: Berichterstattung des Delegierten über die Bezirksgeneralversammlung. Die übrigen Punkte der T.-D. werden in der Versammlung bekannt gemacht. Möglichst zahlreich erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

Düren. Sonntag, 6. März, morgens 11 Uhr, öffentliche Versammlung, wozu die Kollegen der Ortsgruppe dringend eingeladen sind. Unser Zentralvorsitzender und der Bezirksvorsitzende werden in derselben sprechen.

Dülmen. Sonntag, 6. März, vorm. 11 Uhr, Mitglieder-Verammlung. T.-D.: sehr wichtig, deshalb Mann für Mann zur Stelle. Kollegen, bringt viele neue Mitglieder mit.

Eisberfeld. Samstag, 5. März, abends 8 1/2 Uhr, im kath. Gesellenhaus Mitglieder-Verammlung. T.-D.: Bericht über die Bezirksgeneralversammlung, Verschiedenes.

Embsbüttel. Am Sonntag, 6. März, nachm. 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn H. Stapper Mitglieder-Verammlung. T.-D.: im Lokale zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. Vormittags 10 1/2 Uhr Vertrauensmänner-Verammlung.

Cuppen. Sonntag, 5. März, abends 9 Uhr, findet im Lokale des Herrn M. Dechene, Bergstraße, eine große öffentliche Mitglieder-Verammlung statt. T.-D.: Gewerbegerichtsfrage. In Anbetracht der Wichtigkeit der T.-D. werden alle Textilarbeiter dringend gebeten pünktlich zu erscheinen.

Endfirchen. Sonntag, den 6. März, nachm. 6 Uhr, im Lokale von R. Jos. Mich (Lohnhalle), öffentliche Versammlung. Referent: Zentralvorsitzender Schiffer-Kreis und Bezirksvorsitzender Sittenich-Nachen. Die Arbeiter aller Berufe sind hierzu eingeladen.

M.-Gladbach. (Verein der Gewerbegerichtsbeisitzer.) Sonntag, 6. März: Versammlung bei Engel.

M.-Gladbach-Hermes-Dahl. Sozialer Unterrichtskursus 6. März, abends 9 Uhr im Lokale Verghaujen.

M.-Gladbach-Binnenberg. Sonntag, 6. März, abends 6 Uhr, im Lokale von R. Witterforst, Familienabend. Hierzu sind die Mitglieder nebst ihren Angehörigen und Freunden freundlichst eingeladen. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Programm an der Kasse 10 Pf.

Garbi. Die Versammlung, welche auf den 6. März angesetzt ist, findet umständehalber nicht statt. Dafür findet am Sonntag, 20. März, abends 1/6, im Lokale von Christian Buzen, Mitglieder-Verammlung statt, wozu ein auswärtiger, tüchtiger Referent sein Erscheinen zugesagt hat. T.-D. im Lokale. Erscheinen Aller ist Ehrenpflicht.

Holt. Sonntag, 6. März, abends 5 1/2 Uhr, im Lokale von Robert Schmitt öffentliche Versammlung. Zu derselben sind alle Arbeiter und Arbeiterfreunde freundlichst eingeladen. T.-D.: Notwendigkeit und Nutzen der Arbeiterorganisation. Der christliche Verband. Freie Diskussion. Referent Kollege J. Reich-Kreisfeld.

Hils. Sonntag, 6. März, abends 6 Uhr, im Lokale Wilh. Josten Mitglieder-Verammlung. T.-D.: Bericht über die Bezirksgeneralversammlung, Verteilung der Proschüren, Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Hildesheim. Sonntag, 6. März, morgens 11 1/2 Uhr Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der T.-D. werden die Kollegen gebeten sich vollständig einzufinden. Zugleich machen wir die Mitglieder schon auf die am 20. März stattfindende Generalversammlung aufmerksam, wo der Bezirksvorsitzende Röhling ganz bestimmt erscheinen wird.

Krefeld. Sonntag, 6. März, vorm. 11 Uhr, Sitzung der Vorsitzende der 6 Ortsgruppen Kreisfelds in der „Unitas“. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Mürz. Sonntag, 6. März, nachm. 5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Julius, Mitglieder-Verammlung. T.-D.: Bericht der Delegierten über die Bezirks-Generalversammlung. Verschiedenes. Es wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Marxloh i. E. Sonntag, 13. März, mittags 2 Uhr, in der Wirtschaft C. Houtmann Versammlung. Da zugleich das erste Jubiläum gefeiert wird, sind alle Mitglieder gebeten, zu erscheinen. Referent von auswärtig.

Münster. Sonntag, 6. März, mittags 12 Uhr, im Restaurant Kühlenhoff, Königsstr., Versammlung. T.-D. im Lokale. Alle Kollegen erscheinen.

Münster i. E. Sonntag, 6. März, nachm. 4 Uhr, Mitglieder-Verammlung in der Wirtschaft R. Kempf. T.-D. wichtig, Unorganisierte mitbringen.

Reteln. Sonntag, 6. März, nachm. 5 Uhr, Mitglieder-Verammlung beim Ehrenmitgliede Fritz Denker. T.-D.: sehr wichtig. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. Auswärtiger Referent.

Rühlhausen i. E. Sonntag, 13. März, nachm. 1/2 Uhr, Monatsversammlung im Lokale Harter, Belfortstr. 21. T.-D. sehr wichtig, deshalb haben alle zu erscheinen.

Rordhorn. Dienstag, 8. März, 8 1/2 Uhr, in der Kriegerhalle Diskutierabend, reichhaltiges Thema. Es wird pünktlich angefangen.

Rordhorn. Dienstag, 22. März, Mitglieder-Verammlung. T.-D. wird in der Versammlung bekannt gemacht. Außerdem ein Vortrag.

Reinhausen. Sonntag, 6. März, nachm. 4 1/2 Uhr, Versammlung im Lokale des Herrn Knudsen, Großfelden Nr. 5. T.-D. am Plage. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Reinbrück. Sonntag, 6. März, vorm. 11 Uhr, Mitglieder-Verammlung bei Stier. T.-D.: Vortrag über Krankenversicherungsgesetz. Um Erscheinen Aller wird gebeten. Unorganisierte mitbringen.

Rheine. Sonntag, 6. März, nachm. 3 Uhr, findet im Lokale der Witwe J. Koel, hinter der Bahn, eine Versammlung statt, wozu unsere Mitglieder und solche, die es werden wollen, freundlichst eingeladen werden.

Rheydt. Sonntag, 13. März, beim Ehrenmitgliede Irensdorff: Mitglieder-Verammlung. Anfang punkt 6 1/2 Uhr. T.-D.: Erledigung der verdrängten Punkte der Generalversammlung, Bericht über Bezirks-General-Versammlung und Vortrag. Wir bitten dringend um vollständigen und pünktlichen Besuch.

Rheinbachlen. Sonntag, 12. März, findet im Lokale von H. Köllers eine öffentliche Versammlung statt. Hierzu sind alle christlich gesinnten Arbeiter ergebenst eingeladen. T.-D. im Lokale. Freie Diskussion. Auswärtiger Referent.

St. Loris. Sonntag, 6. März, abends 6 1/2 Uhr, Diskutierabend bei Panen. Nege Beteiligung der Kollegen erwünscht.

Wierzen Ortsgruppe I. Sonntag, 6. März, abends 6 1/2 Uhr, im Saale der Seilfabrik „Erholung“ großer Volksbildungsabend, bestehend in Vorführung von Lichtbildern, Rede und Gesang sowie Deklamationen. Die Mitglieder und Ehrenmitglieder der Ortsgruppe haben mit noch einem Familienmitglied gegen 10 Pf. Eintritt, wozu ein Programm verabreicht wird, Zutritt. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein der Vorstand.

Wann. Sonntag, 6. März, nachm. 5 1/2 Uhr, im Lokale von Frau Dallmann zu Bellinghoven, außerordentliche Generalversammlung. T.-D.: Wahl eines neuen Vorsitzenden, Bericht über die Bezirks-Generalversammlung, Beschlußfassung über den Unterrichtskursus, Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Mitglieder dringend eingeladen.

Waldbausen. Sonntag, 6. März, abends 6 Uhr, beim Witwen Pfeiffer, Baldhauerstraße, Mitglieder-Verammlung. T.-D.: Wahl von Vertrauensmännern, Vortrag. Erscheinen Aller notwendig. Wipperfürth. Sonntag, 6. März, Versammlung bei Hubert Bloßbach („Zur Linde“).

Windberg. Samstag, 5. März, abends 9 Uhr, im Lokale von Wilh. Boms, Unterrichtskursus. Vollzähliger Besuch wird erwartet. Es wird punkt 9 Uhr angefangen und 11 Uhr geschlossen. Den Mitgliedern noch zur besonderen Nachricht, daß auch Unorganisierte am Unterrichtskursus teilnehmen können.

M.-Gladbach-Lürrip. Generalversammlung des Gewerkschafts-Konsumvereins „Einigkeit“, e. G. m. b. H. zu M.-Gladbach-Lürrip. Samstag, den 12. März 1904, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Joseph Witsch, Neuperstraße. Tagesordnung: 1) Quartalsbericht, 2) Mitteilung über Kauf eines Hauses, 3) Verschiedenes. Der Aufsichtsrat. S. A.: Joh. Esser. (1.60 Mk.)

Grefrath. Gewerkschafts-Konsumverein „Einigkeit“, e. G. m. b. H. zu Grefrath. Sonntag, den 13. März, nachm. 5 Uhr, findet im Lokale von Witwe R. Hammes die ordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht und Bilanzvorlage, 2) Festsetzung der Dividenden, 3) Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates, 4) Neuwahl von Vorstand und Aufsichtsratsmitgliedern, 5) Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind die Mitglieder mit ihren Frauen freundlichst eingeladen. Der Aufsichtsrat. (2.-Mk.) Wilhelm Güter, Vorsitzender.

Schiefbahn. Sonntag, den 13. März, abends 6 1/2 Uhr, findet in dem Lokale des Herrn Heinrich Kaiser Generalversammlung statt, wozu freundlichst eingeladen wird. Tages-Ordnung: 1) Vorlage der Jahresrechnung und der Bilanz, 2) Beschlußfassung über Zinsen und Dividendenverteilung, 3) Wahl des Schriftführers und Ergänzungswahl des Aufsichtsrates, 4) Verschiedenes. Der Aufsichtsrat. (1.60 Mk.) Heinrich Schinckel, Vorsitzender.

Walheim. Gewerkschafts-Konsumverein „Einigkeit“, e. G. m. b. H. zu Walheim. Sonntag, den 13. März, ordentliche Generalversammlung im Lokale des Herrn Hub. Bremermacher am Schmitthen, abends 6 Uhr. Tagesordnung: 1) Jahresrechnung und Bilanz nebst Festsetzung der Dividenden, 2) Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat, 3) Ergänzungswahl von Vorstand und Aufsichtsrat, 4) Abänderung des Statuts, 5) Verschiedenes. Anträge zur Generalversammlung sind bis zum 10. März dem Vorstande einzureichen. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Frauen resp. Eltern zur Versammlung mitzubringen. Der Vorstand: Ludwig Örtz, Joh. Arnold Frings. (2.40 Mk.)

Bilanz
des Gewerkschafts-Konsumvereins „Einigkeit“ Aurath, e. G. m. b. H. vom 1. Januar 1903 bis zum 31. Dezember 1903.

Aktiva.	Passiva.
An Kassa-Konto 235,21	Per Lieferanten-Konto . . . 242,72
Waren-Konto 1640,45	„ Miet-Konto 78,36
„ Sparkassen-Konto 60,00	„ Geschäftsguth-Konto . . . 728,12
„ Inventar-Konto nach 10% Abschreibung . . . 156,70	„ Referve-Konto 66,00
	„ Reingewinn-Konto 674,89
	„ Rabatt-Konto vom 308,60
	„ Päder 308,60
	Mt. 2092,59

Mitgliederzahl am 1. Januar 1903 27
Zugang im Laufe des Jahres . . . 9
Ausgetreten 2
Mitgliederzahl am 31. Dezember 1903 34
Der Gesamtbetrag des Geschäftsguthabens hat sich um Mt. 133,39 und der der Passivsumme um 420 Mt. vermehrt. Am Jahresabschluss betrug die Gesamthaussumme 20,40 Mt.
Der Vorstand: Joh. Dämkes, Jakob Reuters, Wilh. Leben. (5.40 Mk.)

Bilanz
des Gewerkschafts-Konsumvereins „Arbeiterwohl“, e. G. m. b. H. zu Nevinges vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1903.

Aktiva.	Passiva.
An Kassenbestand 165,54	Per Creditoren 1852,56
„ Warenbestand 7108,57	„ Geschäftsguthaben . . . 2681,88
„ Inventar nach Abschreibung 690,00	„ Refervekonto 158,10
„ Ausstehende Forderungen 30,51	„ Mehrgewinn 100,95
„ Debitoren-Konto 150,00	„ Reingewinn 2614,73
	Mt. 8142,62

Mitgliederzahl am 1. Januar 1903 betrug 53.
31. Dezemb. 97.
Die Zahl der Ausgetretenen betrug . . . 2.
Geschäftsanteile 111.
Passivsumme beträgt 3330 Mt.
Der Vorstand: Friedr. Hennenberg, Geschäftsführer. Der Aufsichtsrat: J. A.: Ludwig Rüppers, Wilh. Freidmann, Kassierer. Bruno Sträger, Schriftführer. (5.00 Mk.)

Sterbe-Tafel.
Aachen I. Unser treuer Verbandskollege Gottfried Brommertz ist gestorben.
Fulda. Es starb unser lieber Kollege Anton Hohmann. Ehre ihrem Andenken!

Soeben erscheint:

Meyers Sechste, gänzlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage.

Grosses Konversations-Lexikon.

Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.

20 Bände in Halbleder gebunden zu je 10 Mark.

Prospekte und Probehefte liefert jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Alle Kollegen u. Kolleginnen müssen im Jahre 1904 je ein neues Mitglied für unsere Organisation werben!